

Begrüßung und Einleitung

➤ Sehr geehrter Herr [REDACTED] [DGB Vorstandsmitglied]

➤ sehr geehrter Herr [REDACTED] [StS im BMAS, i.V. für BM'in Nahles],

sehr geehrter Herr [REDACTED] [PStS im BMF, i.V. für BM Schäuble],

sehr geehrte Damen und Herren!

➤ Ich freue mich sehr darüber, an das Gespräch vom vergangenen Dienstag [Abendessen mit DGB-Vorsitzendem [REDACTED] und Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften am 14.01.] anzuknüpfen und mit Ihnen heute über wirtschaftspolitische Leitlinien zu diskutieren. Anlass hierfür sind – wie in jedem Jahr – der Jahreswirtschaftsbericht, der am 12. Februar vom Bundeskabinett verabschiedet werden soll, und das Nationale Reformprogramm, das wir Mitte April nach Brüssel übersenden.

- Soeben habe ich gemeinsam mit Bundesministerin [REDACTED] und [REDACTED] [REDACTED] mit den Vertretern des Gemeinschaftsausschusses der deutschen Wirtschaft diskutiert.
- Ich verstehe die heutigen Gespräche als Startpunkt für einen intensiven Austausch mit Gewerkschaften und Wirtschaft. Dieser Austausch ist mir besonders wichtig, denn mir geht es darum, eine nachhaltige Wachstumsbalance für Deutschland zu finden. Daher muss Wirtschaftspolitik heute mehr denn je Impulse des Dialogs, der Kooperation und der vertrauensvollen Sozialpartnerschaft setzen. Und nur gemeinsam werden wir die Projekte, die wir uns für die nächsten Jahre vorgenommen haben, meistern können.

Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und Aussichten

- Deutschlands Wirtschaft und Arbeitsmarkt sind in guter Verfassung. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im vergangenen Jahr im Jahresdurchschnitt um 0,4 Prozent zu.
 - Nach einer Schwächephase zum Jahreswechsel 2012/13 ist die deutsche Wirtschaft auf einen stabilen Erholungskurs eingeschwenkt. Die konjunkturelle Dynamik war im Verlauf des Jahres 2013 erheblich höher als im Jahr zuvor.
 - Die Beschäftigung liegt auf Rekordniveau [41,8 Mio].
 - Das Wachstum wird zunehmend binnenwirtschaftlich getragen: Die Ausrüstungsinvestitionen scheinen anzuspriegen, die Konsumausgaben der privaten Haushalte waren zuletzt

aufwärtsgerichtet.

- Derzeit arbeiten wir an der gesamtwirtschaftlichen Projektion für das Jahr 2014 [wird Teil des JWB]: Die Bundesregierung geht dabei weiter von einem soliden Wachstum aus: Die Stimmungsindikatoren deuten auf einen breit angelegten und stetigen Aufschwung hin [Nachfrage nach Industrieerzeugnissen aufwärtsgerichtet; Konsumklima und Anschaffungsneigung der privaten Haushalte haben den höchsten Stand seit 6 Jahren].

Herausforderungen und Ziele der Wirtschaftspolitik

- Deutschland steht vor großen Herausforderungen, etwa:
 - Deutschland hat ein relativ geringes Investitionsniveau von 17 Prozent am BIP, während der OECD-Durchschnitt bei 20 Prozent liegt. Diese Marke hat sich die

Bundesregierung zum Ziel gesetzt, um die Lücke an privaten und öffentlichen Investitionen zu füllen.

- Es gibt nach wie vor eine zu starke Spaltung auf dem Arbeitsmarkt: einen im internationalen Vergleich großen Niedriglohnsektor sowie eine hohe Zahl von atypischen Beschäftigungsverhältnissen; insbesondere Leiharbeit und Werkverträge haben stärker zugenommen, als es mir wirtschaftlich vernünftig scheint. Gleichzeitig müssen wir etwa durch bessere Aus- und Weiterbildung Arbeitslosigkeit weiter abbauen.
- Integration in den Arbeitsmarkt und qualifizierte Zuwanderung sind zudem der richtige Weg, Engpässen bei Fachkräften zu begegnen, die sich aus dem

Bevölkerungswandel ergeben.

- Schließlich ist etwa die Gründungsdynamik im Unternehmensbereich rückläufig.

- Unser Ziel ist, bei den großen „I“s der Wirtschaftspolitik weiterzukommen: Wir wollen mehr Investitionen, mehr Innovationen, wir wollen eine leistungsfähige Infrastruktur, eine hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und eine breite Integration der Menschen in den deutschen Arbeitsmarkt.

- Konkret bedeutet das: Wir stehen für:
 - eine zielgerichtete Investitions- und Innovationspolitik. Dazu gehört die Modernisierung der Infrastrukturbasis.

- bessere Teilhabemöglichkeiten und Teilhabegerechtigkeit durch bessere Bildung, durch bessere Integration in den Arbeitsmarkt und durch Leistungsverbesserungen im Rentenrecht.
- eine erfolgreiche Weiterführung der Energiewende, die sich gleichrangig an den Zielen der Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit orientiert.
- eine stabilere und tiefere Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. Dazu gehören auch die Bankenunion und eine bessere Regulierung und Besteuerung der Finanzmärkte.

Arbeitsmarkt und dessen Rahmenbedingungen

- Wir wollen mehr Menschen am Aufschwung beteiligen und ihnen neue Chancen bieten – auf Bildung, auf Arbeit, auf faire Einkommen und gute Altersversorgung [*inclusive growth*].
- Wir werden dafür die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt grundlegend verbessern. Unser Ziel ist, Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit in Einklang zu bringen. Dabei setzen wir auf eine starke Sozialpartnerschaft.
- Wir werden die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass Zeitarbeit und Werkverträge wieder auf ihre Kernfunktionen konzentriert werden: Flexible Instrumente für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sein, ohne reguläre Arbeitsplätze zu verdrängen.

- Mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn werden wir einen angemessenen finanziellen Mindestschutz für alle Arbeitnehmer sicherstellen.

Binnenwirtschaft und Investitionen

- Unser Ziel muss sein, eine nachhaltige Wachstumsbalance in Deutschland zu finden. Dabei ist klar: Unser Land braucht gleichermaßen Exportstärke und eine starke Binnenwirtschaft, die von Investitionen und Kaufkraft getragen wird. Dies wird auch von unseren internationalen Partnern [etwa OECD, IWF, USA] unter dem Stichwort *balanced growth* angemahnt.
- Ein wirtschaftspolitischer Schwerpunkt der kommenden Jahre werden daher zielgerichtete öffentliche Investitionen sein.

- Die Bundesregierung wird zusätzlich 600 Mio. Euro für die Städtebauförderung und 5 Mrd. Euro für die Verkehrsinfrastruktur bereitstellen und die Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung verstärken [6 Mrd. Euro für Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen].

Energie

- Auch die Energiewende ist eine zentrale Aufgabe dieser Bundesregierung. Wir werden unsere ambitionierten Ziele beim Umbau unserer Energieversorgung konsequent und planvoll umsetzen [hin zu EE-Anteil von 80 Prozent 2050, mehr Energieeffizienz; Kernenergieausstieg bis 2022].
- Dabei müssen wir Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit stärker in den Fokus rücken. Nur so können wir die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie stärken und Arbeitsplätze erhalten.

- Mit einem Anteil von ca. 25 Prozent am Bruttostromverbrauch sind die erneuerbaren Energien den Kinderschuhen entwachsen, müssen sich stärker am Markt bewähren und kosteneffizienter werden [EEG-Umlage 2014: 6,2 ct/kWh; 18 Prozent mehr als 2013].

Bis Ostern 2014 werden wir einen Reformentwurf für das EEG vorlegen [Abschluss parlamentarisches Verfahren bis Sommer].

- Für die im internationalen Wettbewerb stehende, stromintensive Industrie ist die Besondere Ausgleichsregelung weiter erforderlich. Wir werden sie in enger Abstimmung mit der EU-KOM europarechtskonform weiterentwickeln.

Abschluss

- Wir wollen im engen Schulterschluss mit Ihnen diese vielversprechenden Projekte umsetzen und so die Grundlagen für Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland sichern und ausbauen.
- Nicht mehr und nicht weniger haben wir uns für diese Legislaturperiode vorgenommen. Der Jahreswirtschaftsbericht 2014 wird ganz im Zeichen dieses Aufbruchs zu einer neuen Ausrichtung der Sozialen Marktwirtschaft heute stehen.
- Ich freue mich nun auf Ihre Einschätzungen.
 - Wie beurteilen Sie die konjunkturellen Perspektiven der deutschen Wirtschaft?
 - Worin bestehen aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen, die wir gemeinsam

meistern müssen, um eine nachhaltige Wachstumsbalance in Deutschland zu erreichen?

Diese Fragen möchte ich gerne im Anschluss mit Ihnen diskutieren.

- Zunächst aber möchte ich Herrn Staatssekretär [REDACTED] und Herrn Staatssekretär [REDACTED] Gelegenheit geben zu ergänzen.

ENTWURF